

Thomas Schubert

(K)eine aussterbende Spezies?

Kompetitive Hegemonialparteiensysteme und die Faktoren ihres Parteienwettbewerbs am Beispiel von Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen

1. Einleitung

Die gut bekannten Verhältnisse sind wieder hergestellt. Die bayerische Landtagswahl am 15. September 2013 führte die CSU mit 47,7 Prozent zurück zur alleinigen Regierungsmacht, abgeschlagen war die Opposition, darunter die SPD mit 20,6 Prozent der Stimmen. Bei der binnen Wochenfrist folgenden Bundestagswahl verpasste die CSU mit 49,3 Prozent nur knapp ihren Wohlfühlindikator, die absolute Stimmenmehrheit. Für die CDU gab Baden-Württemberg mit 45,7 Prozent den Takt vor, ihr drittstärkstes Ergebnis (nach Rheinland-Pfalz mit 43,3 Prozent) errang sie in Sachsen (42,6 Prozent). Im Südwesten hatte die CDU bei Bundestagswahlen zuletzt 1990 besser abgeschnitten, im Südosten war sie nur 1990 und 1994 stärker. Hingegen erzielte die SPD in Bayern (20,0 Prozent) und Baden-Württemberg (20,6 Prozent) ihre im westdeutschen Vergleich schlechtesten Ergebnisse, das sächsische Resultat (14,9 Prozent) war das bundesweit niedrigste.

Erleben wir damit eine Renaissance althergebrachter christdemokratischer Dominanz im Südwesten und Südosten der Republik? Fast vergessen scheinen die herben Wahlniederlagen in den Landtagswahlen vergangener Jahre. 2004 hatte die »Sächsische Union« ihre von 1990 an bestehende absolute Mehrheit verloren (-15,8 Punkte), bei der bayerischen Landtagswahl 2008 war die CSU um 17,3 Punkte eingebrochen. Während CDU und CSU hier jedoch in der Regierung verblieben und fortan die jeweilige Koalition dominierten,¹ wurde die baden-württembergische CDU 2011 von der seit 1953 währenden Regierungsverantwortung abgelöst.² Ihre Verluste betrugen dabei (nur) 5,2 Punkte, mit 39,0 Prozent lag sie noch immer 14,8 Punkte vor der zweistärksten Kraft, den Grünen.

1 Vgl. das Kapitel »Regierungen und Regieren« in: Eckhard Jesse / Thomas Schubert / Tom Thiemeyer, *Politik in Sachsen*, Wiesbaden 2014, S. 93–115; Jasmina Kolasinac, »Neuland für die Koalitionäre. Zur Bayerischen Staatsregierung aus CSU und FDP 2008–2013« in: Manuela Glaab / Michael Weigl (Hg.), *Politik und Regieren in Bayern*, Wiesbaden 2013, S. 133–149.

2 Vgl. dazu detailliert Uwe Wagschal / Ulrich Eith / Michael Wehner (Hg.), *Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg*, Baden-Baden 2013.

In der Literatur zu Parteien und Parteiensystemen in den deutschen Ländern mangelt es mit Blick auf hegemoniale, prädominante bzw. dominante Typen – ausgenommen die meist als »hegemonial« bezeichnete CSU – oft an begrifflicher Klarheit, fast immer bleiben die besonderen Strukturmerkmale solcher Parteiensysteme unberücksichtigt.³ Der Beitrag möchte deshalb zwei Fragenbündel beantworten – eines theoretisch-konzeptuell, eines empirisch. (1) Was kennzeichnet hegemoniale Parteiensysteme? Welche Bedingungen des Parteienswettbewerbs herrschen in ihnen? (2) Welche wettbewerblichen Faktoren des Parteienerfolgs und -miserfolgs prägen die hegemonialen Parteiensysteme Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsen aus? Wie erklären sich vor ihrem Hintergrund die Zäsuren der Jahre 2004, 2008 und 2011? Unter welchen Umständen werden dominante Parteien von der Opposition abgelöst?

Zunächst soll der Typus des kompetitiven Hegemonialparteiensystems theoretisch erörtert und für die Analyse operationalisiert werden. Von Interesse sind dabei allein strategische und wettbewerbliche Aspekte.⁴ Ein knapper empirischer Überblick über die Hegemonialparteiensysteme in den bundesdeutschen Ländern folgt. Einzelfallanalysen zu Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen stellen Faktoren des Parteienswettbewerbs in den hiesigen Hegemonialparteiensystemen heraus. Der besseren Vergleichbarkeit wegen beschränkt sich die Analyse auf die Zeit ab 1990. Der Schwerpunkt liegt auf dem Landesparteiensystem, freilich ohne die Bundestagswahlergebnisse zu vernachlässigen. Abschließend werden die Perspektiven der Parteiensysteme in den drei Ländern erörtert.

2. Der Typus des kompetitiven Hegemonialparteiensystems

Parteiensysteme (und Parteien) sind in ihren wissenschaftlichen Charakterisierungen, Typologien und Zählarten kaum mehr zu überschauen. Nicht nur für den deutschen Kontext prägend ist die Systematik Giovanni Sartoris. Entgegen früher dualer Klassifikationen nach der Anzahl der Parteien verbindet er den Fragmentierungsgrad eines Parteiensystems mit dessen Polarisierungsgrad, d. h. den ideologischen Distanzen zwischen den Parteien.⁵ Sartori unterscheidet hierbei in nicht-kompetitive und kompetitive Systeme, denen er u. a. zwei dominante Typen zuordnet: »hegemonic-party systems« ohne freien Parteienswettbewerb sowie »predominant-party systems«, in denen die dominante Partei mit absoluter Mandatsmehrheit allein regiert, sie aber in einem freien Wettbewerb mit Opponenten steht und jederzeit ihre Dominanz verlieren kann. In diesem kompetitiven Fall ist der demokratische Parteienswettbewerb in Form freier Wahlen intakt, die gouvernementale Machtstruktur ist aber einseitig konzentriert und nicht alternierend.

3 So betonen Studien zwar die Existenz regionaler Hegemonialparteiensysteme, unterziehen diesen Typus aber keiner aussagekräftigen Definition oder Analyse. Vgl. neben einigen in dem Band versammelten Beiträgen exemplarisch Melanie Haas / Uwe Jun / Oskar Niedermayer, »Die Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer – Eine Einführung« in: dies. (Hg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden 2008, S. 9–38, hier S. 31.

4 Soziologische, kulturelle und institutionelle Einflussfaktoren bleiben weithin unberücksichtigt.

5 Vgl. Giovanni Sartori, *Parties and party systems. A framework for analysis*, London 1976, S. 125–128.

Als Zeitdauer, nach der von einem etablierten Prädominanzsystem gesprochen werden kann, gibt Sartori (vage) mindestens drei aufeinanderfolgende Legislaturen mit absoluter Mandatsmehrheit an.⁶

Nun sind bei Satoris »predominant-party system« einige Systemmerkmale fragwürdig. Insbesondere mit seiner Festlegung auf eine »winning majority« etablierte er ein rigides Kriterium, das im mehrheitsparlamentarischen Zusammenspiel von Multi-Parteiensystemen mit Verhältniswahlsystemen kaum zu erfüllen ist,⁷ und für das die Literatur gute Alternativen bereithält. Mir erscheint es daher in Anlehnung an Joseph LaPalombara und Myron Weiner sinnvoll, ein kompetitives (also pluralistisches) Parteiensystem dann als prädominiert bzw. hegemonial einzustufen, wenn dessen Hauptakteur eine hohe und kontinuierliche, d. h. über einen gewissen Zeitraum stabile elektorale wie gouvernementale Vormachtstellung aufweist.⁸ Ein solches kompetitives »hegemonic system« kann einerseits mit der absoluten Mehrheit einer Partei auftreten, was Satoris »predominant-party system« entspricht. Die Einparteiendominanz ist dann maximal, die Möglichkeiten der Opposition sind gering. Andererseits, und da unterscheiden sich LaPalombara/Weiner u. a. von Sartori, kann ein hegemoniales Parteiensystem mit der relativen Mehrheit einer Partei in Koalitionen existieren. Die vorherrschende Partei dominiert dann die Koalition und wird durch sie in ihrem Handeln im Vergleich zu einer Alleinregierung kaum beschränkt.⁹ Diese Variante bietet der Opposition – theoretisch – die Option, die durch eine fehlende absolute Mehrheit »geschwächte« dominante Partei abzulösen. Wir haben es folglich mit zwei Intensitäten kompetitiver Parteiengegemonie zu tun, versammelt unter dem Dach eines Typus.¹⁰

Ausgehend von Satoris Definition, »a party system is precisely the *system of interactions* resulting from inter-party competition«,¹¹ ist die Wettbewerbssituation zwischen den Parteien die zentrale Variable für ein kompetitives Hegemonialparteiensystem mit Blick auf Struktur und Funktionsweise.¹² Als markantestes Merkmal erscheint die ausgeprägte elektorale wie gouvernementale Asymmetrie (quantitative Komponente). Die dominante Partei ist die mit weitem Abstand größte politische Kraft, die Opposition in

6 Vgl. ebd., S. 127, 196-199.

7 Ausnahmen erlaubt Sartori nur für Systeme mit einem traditionellen »less-than-absolute majority principle« wie etwa die nordischen Demokratien. Vgl. ebd., S. 196.

8 Vgl. Joseph LaPalombara / Myron Weiner, »The Origin and Development of Political Parties« in: dies. (Hg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton 1966, S. 3-42, hier S. 35; ähnlich lautet die Annahme bei Alan Arian / Samuel H. Barnes, »The Dominant Party System: A Neglected Model of Democratic Stability« in: *The Journal of Politics* 36 (1974), S. 592-614, hier S. 593.

9 Vgl. LaPalombara / Weiner, *The Origin and Development of Political Parties*, aaO. (FN 8), S. 35.

10 Gegen diese Verfahrensweise plädiert etwa Alan Ware, *Political Parties and Party Systems*, Oxford 1996, S. 165; unterstützt wird sie u. a. von Arian / Barnes, *The Dominant Party System*, aaO. (FN 8), S. 600.

11 Vgl. Sartori, *Parties and party systems*, aaO. (FN 5), S. 44 (Hervorhebung im Original).

12 Wahlverhalten und Wählerstruktur, politische und soziale Konfliktlinien sowie Traditionen und politische Kulturen sind weitere zentrale Einflussfaktoren, die hier weithin unberücksichtigt bleiben.

der Regel abgeschlagen und stark fragmentiert. Jean Blondel sieht in dem von ihm entwickelten Realtyp des »multi-party system with one dominant party« die Dominanz der Mehrheitspartei dann als gesichert an, wenn sie (1) bei Wahlen mindestens 40 Prozent der Stimmen erreicht sowie etwa doppelt so stark wie die zweitstärkste Partei abschneidet, (2) und es sich um ein Vielparteiensystem mit mindestens vier kleineren Oppositionsparteien handelt.¹³ Damit die Hegemonialpartei auch im Falle einer fehlenden absoluten Mandatsmehrheit in ihrem Status ungefährdet ist, muss die fragmentierte Opposition zudem segmentiert sein (divided opposition), sei es, indem sie bilateral ausgerichtet ist, also mindestens eine Partei dem politischen »Lager« der Regierungspartei zufällt, sei es, indem sie Parteien einschließt, die als koalitionsunfähig gelten. In beiden Fällen besteht dann keine Kooperationsoption gegen die Hegemonialpartei.¹⁴ Wie das konkrete oppositionelle Arrangement auch aussehen mag, die bündnispolitische Wettbewerbsfähigkeit der Opposition steigt mit ihrer zunehmenden Konzentration und ihrer abnehmenden Segmentierung.¹⁵

Tabelle 1: Schema des Parteienwettbewerbs im kompetitiven Hegemonialparteiensystem

Quantitative Faktoren	elektorale Dominanz einer Partei (absolute Mehrheit oder nah an der absoluten Mehrheit, aber mindestens 40 Prozent der Stimmen / hohe Asymmetrie zwischen erster und zweiter Partei)	Hegemonie über mehr als drei Legislaturperioden
	gouvernementale Dominanz einer Partei (<i>strong party</i> , die allein regiert oder eine Koalition dominiert und gegen die eine realistische Koalitionsbildung nicht möglich ist / stark fragmentierte und segmentierte Opposition)	
Qualitative Faktoren	Parteiressourcen eines Akteurs übertreffen die der Konkurrenten bei Weitem	
	Machtressourcen eines Akteurs übertreffen die der Konkurrenten bei Weitem	

Zwar ist in einem kompetitiven Hegemonialparteiensystem der Parteienwettbewerb prinzipiell intakt, jedoch zuweilen »subcompetitive« (Giovanni Sartori) oder »unfair« (Jean Blondel).¹⁶ Zu der quantitativen Asymmetrie gesellt sich daher ein ungleiches politisches Wettbewerbs- und Machtverhältnis (qualitative Komponente). Werden supiore Wahlkreise, populäre Amtsinhaber und herrschende politische Konzeptionen durch die Oppositionsparteien nicht wirksam herausgefordert, dann spricht dies für eine

13 Vgl. Jean Blondel, »Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies« in: *Canadian Journal of Political Sciences* 1 (1968), S. 180–203, hier S. 196.

14 Vgl. ebd., S. 196 f.

15 Vgl. Robert A. Dahl, »Party Systems and Patterns of Opposition« in: Peter Mair (Hg.), *The West European Party System*, New York 1990, S. 296–301, hier S. 299, 301; Blondel, Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies, aaO. (FN 13), S. 196 f.

16 Vgl. zum Verhältnis von »competition« und »competitiveness« Sartori, Parties and party systems, aaO. (FN 5), S. 218.

asymmetrische Wettbewerbsfähigkeit. Der effektiven Hegemonialpartei in Amt und Würde begegnen ineffektive Opponenten oft mit geringem Konkurrenzpotenzial, die zudem meist gegenseitig im Wettbewerb um Wähler stehen. Die dominante Partei kann, solange ihre Konkurrenz »schläft«, zu schwach für eine wirksame Herausforderung ist oder sich untereinander bekämpft, auf Altbewährtes zurückgreifen. Der Innovationszwang ist dann gering, die Rede von der alternativlosen Regierungs- und Landespartei keine Suggestion. Wegen ihrer breiteren gesellschaftlichen Basis und ihrer größeren Partei- und Amtsressourcen fällt es ihr ansonsten leichter als den Oppositionsparteien, gesellschaftliche Veränderungen politisch zu adaptieren. Sie verfügt durch ihre starke gouvernamentale, parlamentarische und damit mediale Verankerung über wesentliche Kapazitäten für ein erfolgreiches politisches Agenda-Setting. Der Opposition verbleiben oft kaum populäre Issues.¹⁷ Das Resultat, so Alan Arian und Samuel H. Barnes, seien Oppositionsparteien, denen in der öffentlichen Wahrnehmung weniger die Rolle der politischen Alternative zukommt, vielmehr die politischer Kontrolleure.¹⁸

3. Hegemonialparteiensysteme in den bundesdeutschen Ländern – ein Überblick

Kaum ein Landesparteiensystem ist heute in seiner Struktur wie das andere. Es kontrastieren die Größenverteilungen zwischen den Parteien wie die Wettbewerbsmuster. Ursächlich hierfür ist die föderale Heterogenität, die nicht nur abweichende Wähler- und Konfliktstrukturen sowie politische Kulturen bereithält, sondern die den Parteidienstungen auch eine gewisse Autonomie einräumt, was verschiedene Strategien und Konzepte zur Folge hat. Vorrangstellungen einer Partei hat es dabei immer gegeben, hegemoniale Parteiensysteme zogen diese aber nur in einigen Fällen nach sich.

Am dauerhaftesten waren und sind diese in den Ländern Baden-Württemberg (siehe Punkt 4.1.) und Bayern (siehe Punkt 4.2.). Ihnen gemein ist der erst nach einigen Jahren voll entfaltete Charakter als Hegemonialparteiensystem. Das 1952 aus der Dreiländerfusion hervorgegangene Baden-Württemberg stand anfangs – nach einer Koalition (1952-1953) ohne die stärkste Partei, die CDU – unter konsensusdemokratischem Einfluss: CDU, SPD, FDP/DVP und GB/BHE bildeten Übergroße Koalitionen bzw. Allparteienregierungen unter Führung der Christdemokraten. Ab 1960 dominierte die CDU in verschiedenen Koalitionen sowie mit Alleinregierungen (1972-1992) elektoral und gubernamental. Sie etablierte sich aus ihrer Regierungsdominanz heraus als »Landespartei«.¹⁹ Die Asymmetrie zwischen Christ- und Sozialdemokraten wuchs ab Anfang der 1970er Jahre auf gut 20 Punkte, wobei die SPD bis 1992 beinahe immer über 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Sie war dennoch – von Phasen der Großen Koalition abgesehen – einflusslos, eine Koalitionsbildung gegen die CDU bis zum Jahr

17 Vgl. Arian / Barnes, The Dominant Party System, aaO. (FN 8), S. 597.

18 Vgl. ebd., S. 600.

19 Vgl. Ulrich Eith, »Das Parteiensystem Baden-Württembergs« in: Haas / Jun / Niedermayer (Hg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, aaO. (FN 3), S. 103-123, hier S. 109-114.

2011 unmöglich. In Bayern, wo die CSU eine eigenständige Partei bildet, sind die Christsozialen ihrer Konkurrenz nicht bloß mit Blick auf ihre Macht- und Parteiressourcen seit Jahrzehnten klar überlegen, sondern seit 1970 kontinuierlich (zum Teil weit) über 20 Punkte stärker als die SPD.²⁰ Jedoch passierte im Freistaat 1948, was für dominante Regierungsparteien eine relevante Gefahr darstellt: eine wirksame Parteigründung im eigenen Lager, verbunden mit einer fehlenden bilateralen Segmentierung. Die Bayernpartei, vom Profil her konservativ und katholisch, trat in einen harten elektoralen Wettbewerb mit der CSU ein, in dem die Christsozialen 1950 mit 27,4 Prozent hinter die SPD zurückfielen. Zunächst zu einer Koalition mit SPD und GB/BHE gezwungen, rutschten sie von 1954 bis 1957 sogar in die Opposition. Hier vermochte sich die CSU zu regenerieren und die kleinere Bayernpartei durch gezielte Schläge zu schwächen. 1957 ging die CSU unter Hanns Seidel eine Koalition mit dem GB/BHE und der FDP ein, ab 1962 bildete sie eine Alleinregierung, die sie erst 2008 (vorübergehend) verlieren sollte.

Alle anderen Parteiensysteme in den westdeutschen Flächenländern fallen entweder vollständig aus dem Raster heraus, wie das seit Mitte der 1960er Jahre auf CDU und SPD konzentrierte Parteiensystem in Niedersachsen, oder wechselten nur zeitweise in einen hegemonialen Wettbewerbsmodus (z. B. Hessen in der Ära von Georg August Zinn [SPD] zwischen 1950 und 1970, Rheinland-Pfalz insbesondere zwischen 1967 und 1987 unter CDU-Ministerpräsidenten wie Helmut Kohl und Bernhard Vogel oder Schleswig-Holstein zwischen 1967 und 1987 unter Helmut Lemke, Gerhard Stoltenberg und Uwe Barschel [CDU]). Die von CDU und SPD zumeist in ähnlicher Stärke beherrschten Parteiensysteme des Saarlandes und Nordrhein-Westfalens bildeten mit den SPD-Alleinregierungen unter Oskar Lafontaine (1985-1998) sowie Johannes Rau (1980-1995) eine zeitweilige Einparteidominanz aus, die aber jeweils nach drei Legislaturperioden endete oder in eine Koalition mündete, und die durch eine zwar geschwächte, keinesfalls aber nivellierte CDU-Opposition gemildert wurde.

Tabelle 2: Hegemonialparteiensysteme in den deutschen Ländern (Landtagswahlen)

Parteiensysteme mit CDU/CSU-Hegemonie	Parteiensysteme mit SPD-Hegemonie
Baden-Württemberg (1964-2011) / Bayern (seit 1958) / Rheinland-Pfalz (1967-1987) / Sachsen (seit 1990) / Schleswig-Holstein (1967-1987) / Thüringen (1990-2009)	Berlin (1954-1975) / Brandenburg (1990-2004; eingeschränkt seit 2004) / Bremen (1946-1995; eingeschränkt seit 1999) / Hamburg (1957-1982) / Hessen (1950-1970) / Nordrhein-Westfalen (1985-1999) / Saarland (1985-1999)
Einordnung nach: (1) absolute Mehrheit oder nah an der absoluten Mehrheit, aber mindestens 40 Prozent der Stimmen; (2) hohe Asymmetrie zwischen erster und zweiter Partei; (3) <i>strong party</i> , die allein regiert oder eine Koalition dominiert und gegen die eine realistische Koalitionsbildung unmöglich ist	

20 Vgl. hierzu Andreas Kießling, *Die CSU. Machterhalt und Erneuerung*, Wiesbaden 2004.

Eine Sonderstellung nehmen Berlin, Bremen und Hamburg ein. Alle drei Stadtstaaten wiesen starke sozialdemokratische Hegemonien auf, die aber wegen des engen kommunal- und landespolitischen Gefüges eigenen Mechanismen folgen (z. B. extreme Personalisierung und Lokalisierung der Politik). Allen voran steht Bremen, wo die SPD seit 1946 als stärkste Partei die Regierung führt und zwischen 1955 und 1991 mindestens 50 Prozent der Mandate gewann. Trotz der seit den 1990er Jahren wegen der lagerinternen Wählerstimmenkonkurrenz schwächeren SPD-Resultate und der zeitweise geschrumpften Asymmetrie zwischen SPD und CDU war bisher eine Regierungsbildung gegen die Sozialdemokraten nicht möglich. Bewahrte sie vor 1991 die Zersplitterung des rechten »Lagers« oder die eigene Stärke vor dem Machtverlust, waren es danach das stark fragmentierte Parteiensystem mit einer strukturellen linken Mehrheit. Hier unterschied sich Bremen von Hamburg, wo von Beginn an die »bürgerlichen« Parteien ein Gegengewicht zur SPD stellten. Der sozialdemokratischen Hegemonie in den 1960er und 1970er Jahren hatten sie zwar nichts entgegenzusetzen, die Asymmetrie in der Hansestadt sank jedoch ab Anfang der 1980er Jahre rapide. Für eine Regierungsbildung gegen die »Staatspartei« SPD reichte es der CDU aber erst 2001. In Berlin dauerte die hegemoniale Phase der SPD von 1954 bis 1975, wobei der Parteienwettbewerb in der »Frontstadt« des Kalten Krieges langhin konsensdemokratisch überlagert war. Die zahlreichen Übergroßen Koalitionen minderten die gouvernementale Dominanz der Sozialdemokraten.

Während die seit Mitte der 1980er Jahre in den westdeutschen Ländern »rollende« Dekonzentration der Parteiensysteme viele Hegemonien aufgelöst hat, etablierten sich nach 1990 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen neue Hegemonialparteiensysteme, wobei im Jahr 2013 allein noch Sachsen (siehe Punkt 4.3.) uneingeschränkt als ein solches charakterisiert werden kann. In Thüringen bestand bis 2009 eine Asymmetrie zugunsten der CDU, die 1999 in einer absoluten Stimmen- und Mandatsmehrheit (51,0 Prozent) gipfelte. Die Partei hatten im Zuge der Negativstimmung gegen die rot-grüne Bundesregierung und wegen ihres beliebten Amtsinhabers Bernhard Vogel die SPD auf 32,5 Punkte distanzieren können. 2004 genügten der CDU 43,0 Prozent für eine absolute Mandatsmehrheit, die sie 2009 u. a. wegen ihres unpopulär gewordenen Amtsinhabers Dieter Althaus verlor. Mit 31,2 Prozent lag sie nur 3,8 Punkte vor der Linken, die nun über eine realistische Koalitionsoption mit der SPD verfügte, die einzige wegen deren Entscheidung für eine Große Koalition aber unerfüllt blieb. 1994 hatte noch die feste Segmentierung zwischen SPD und PDS eine Mehrheitskoalition gegen die CDU verhindert.²¹ Die Situation in Brandenburg ist anders gelagert. Die Sozialdemokraten sind dort zwar seit 1990 die stärkste Partei, und sie sahen sich in ihrer Regierungsführerschaft wegen der Schwäche der CDU nie gefährdet. Jedoch kann von einem asymmetrischen Wettbewerb nur eingeschränkt gesprochen werden. Allenfalls in der Ära Manfred Stolpe hielt die märkische SPD ihre Konkurrenz auf Distanz. Seit 2004 liegt sie nur noch wenige Punkte vor der PDS/Die Linke, die sie seit 2009 in einer Koalition offenbar zu

21 Vgl. auch Andreas Hallermann, »Thüringen – von der historischen SPD-Hochburg zum Ende der CDU-Dominanz« in: Andreas Kost / Werner Rellecke / Reinhold Weber (Hg.), *Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart*, München 2010, S. 397–409.

»entzaubern« versucht.²² Während Brandenburg wegen der macht- und gesellschaftspolitisch herausragenden Rolle der SPD dennoch als ein zur Hegemonie neigender Grenzfall einzuschätzen ist, werden die seit 1990 stark fluktuierenden Parteiensysteme in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt von keiner Partei dominiert.

4. Parteienwettbewerb in bundesdeutschen Hegemonialparteiensystemen

4.1. Baden-Württemberg

Nach fünf Legislaturperioden mit einer absoluten Mehrheit für die Christdemokraten und einem asymmetrischen Drei- bzw. (nach dem Wahlerfolg der Grünen 1980) Vierparteiensystem verlor die »Baden-Württemberg-Partei« bei der Landtagswahl 1992 u. a. wegen des im Jahr zuvor erfolgten unfreiwilligen Abgangs (»Traumschiff-Affäre«) des »Landesmanagers« Lothar Späth knapp 10 Punkte (39,6 Prozent). Da die Landtagswahl zugleich einen starken bundespolitischen Protestwahlcharakter aufwies, so der CDU schadete und die Partei der Republikaner (10,9 Prozent) ins Parlament spülte, entstand ein stärker fragmentiertes, polarisiertes und segmentiertes Fünfparteiensystem, dessen Struktur sich bis 2001 nicht verschob. Die CDU hatte ihre gouvernementale Vormacht behalten – wegen der politisch isolierten REP, der latent schwachen SPD, die am Ende ihrer Koalition mit der CDU 1996 ihr bis dahin schlechtestes Resultat erzielte, und wegen der im »bürgerlichen« Lager verankerten Liberalen. Starke CDU-Resultate in den Jahren 2001 und 2006 bei einem parallel guten Abschneiden der FDP zementierten die Hegemonie. Zudem boten die Grünen der CDU eine Koalitionsoption, die Günther Oettinger 2006 ernsthaft sondierte.²³ Der Ausgang der Landtagswahl 2011 löste die hegemoniale Struktur. Die unverändert stärkste Partei, die CDU, brach ein (-5,2 Punkte), die FDP fiel auf 5,3 Prozent. Die Grünen stiegen mit einem historischen Resultat (24,2 Prozent) zur zweitstärksten Kraft auf. Mit der SPD, die eine herbe Niederlage erlitt, reichte es knapp für eine Regierungsmehrheit.

Ungeachtet der Asymmetrie zwischen CDU und SPD bei Landtagswahlen, die 2006 mit 19,0 Punkten an die Zeiten absoluter CDU-Mehrheiten erinnerte, 1992 mit 10,2 Punkten aber zuweilen deutlich geringer ausfiel (jedoch immer über 10 Punkte betrug), ist die SPD im Land nicht völlig »abgeschlagen«.²⁴ Die CDU erreichte nie die für hegemoniale Parteiensysteme übliche doppelte Größe. Bei den Bundestagswahlergebnissen sticht die klare christdemokratische Dominanz teils stärker (2013), teil schwächer (1998) heraus. 2002, 2005 und 2013 erzielte die CDU im Südwesten ihr bundesweit bestes Ergebnis, 1990 und 1998 schnitt sie nur in Sachsen besser ab. Baden-Württemberg ist christdemokratische Hochburg bei Bundestagswahlen. Die SPD verbuchte indes ihre im westdeutschen Vergleich – Bayern ausgenommen – schlechtesten Resultate. Die gravie-

22 Vgl. Jakob Lempp (Hg.), *Parteien in Brandenburg*, Berlin 2008.

23 Vgl. Eith, Das Parteiensystem Baden-Württembergs, aaO. (FN 19), S. 115–118.

24 Vgl. Michael Eilfort, »Im Südwesten ticken die Uhren anders und doch im Takt« in: ders. (Hg.), *Parteien in Baden-Württemberg*, Stuttgart 2004, S. 11–36, hier S. 12.

rende Asymmetrie zwischen CDU und SPD im Jahr 2013 (25,1 Punkte) ist dennoch die Ausnahme, das überragende CDU-Ergebnis auch der Schwäche der FDP (anders als 2009) in ihrem »Stammland« geschuldet. Der Südwesten erfüllt damit zwischen 1990 und 2011 (wenn auch wegen der geringeren Asymmetrien begrenzt) die quantitativen Kriterien eines Hegemonialparteiensystems, das 2011 (vorübergehend) unterbrochen wurde.

Tabelle 3: Landtags- und Bundestagswahlergebnisse in Baden-Württemberg 1990–2013 (in Prozent)

	CDU	SPD	PDS/ Linke	Grüne	FDP	REP	Sonst.
Landtags-wahlen							
1992	39,6	29,4	-	9,5	5,9	10,9	4,8
1996	41,3	25,1	-	12,1	9,6	9,1	3,0
2001	44,8	33,3	-	7,7	8,1	4,4	6,1
2006	44,2	25,2	3,1	11,7	10,7	2,5	8,3
2011	39,0	23,1	2,8	24,2	5,3	1,1	8,4
Bundestags-wahlen							
1990	46,5	29,1	0,3	5,7	12,3	3,2	2,9
1994	43,3	30,7	0,8	9,6	9,9	3,1	2,6
1998	37,8	35,6	1,0	9,2	8,8	4,0	3,6
2002	42,8	33,5	0,9	11,4	7,8	1,1	2,5
2005	39,2	30,1	3,8	10,7	11,9	1,1	3,2
2009	34,4	19,3	7,2	13,9	18,8	0,9	5,5
2013	45,7	20,6	4,8	11,0	6,2	0,4	11,8

Jenseits der wahlstrukturellen Mehrheitsfähigkeit der Christdemokraten profitieren sie im »Ländle« von ihren starken Partei- und Machtresourcen. Die baden-württembergische CDU ist der zweitstärkste CDU-Landesverband. Sie versammelt im Land mehr Mitglieder als die anderen Parteien zusammen und verfügt über die größte Parteiorganisation. Sie ist im vorpolitischen Raum bestens vernetzt, ihre Abgeordneten sind in den Wahlkreisen stark verwurzelt.²⁵ Die bundespolitische bzw. föderale Präsenz ihrer Politiker ist seit jeher hoch. Als *party in power* genossen die Christdemokraten bis 2011 gefestigte gouvernementale Struktur- und Imagevorteile. Ihr Nimbus als »Baden-Württemberg-Partei« verschaffte ihnen eine »positive Identifikation zwischen dem Land und

25 Vgl. ebd., S. 30.

sich selbst²⁶ und ermöglichte durch den von ihnen weithin beherrschten Regierungsapparat eine kommunikativ-konzeptuelle Dominanz. Ihre Koalitionspartner, ob die SPD (1992-1996), oder die FDP (1996-2011), konnten aus den Regierungsbeteiligungen kaum »Honig saugen«.

Charakteristisch waren (ausgenommen 2011) sehr gute Zufriedenheitswerte mit den Landesregierungen, speziell mit der regierungsführenden CDU. Sie lag in der Sympathiebeurteilung durch die Bürger stets vor der SPD, wenn auch zuweilen (1992, 2001) knapp.²⁷ Weniger eindeutig fielen die Kompetenzzuschreibungen an die Parteien aus, hier hatten CDU und SPD jeweils Stärken und Schwächen.²⁸ Die CDU-Ministerpräsidenten Erwin Teufel und Günther Oettinger konnten an die hohen Beliebtheits- und Kompetenzwerte von Lothar Späth nur bedingt anknüpfen. Jedoch schlug die SPD daraus keinen Profit. Ihre Herausforderer (besonders Ute Voigt) waren den Bürgern zwar sympathisch, in Führungs- und Sachkompetenz den Amtsinhabern aber unterlegen.²⁹ Als Bruch erwies sich daher der Wechsel von Günther Oettinger zu Stefan Mappus 2010. Der konservative Hardliner verprellte durch seine unversöhnliche Rolle bei der Auseinandersetzung um das Bahnhofsprojekt »Stuttgart 21« vor allem moderate Wähler. Er schadete seiner Partei.

Entsprechend galt: »Die größte Gefahr des Machtverlustes liegt für die CDU insofern nicht in der Stärke der eigentlichen Opposition. [...] Gefährlich werden können der CDU letztlich nur der nicht gehaltene Spagat zwischen den Gruppierungen in der Partei, ein innerparteiliches Zerwürfnis, ein Regierungschef, der es nicht schafft, sich ein Image als ›Landesvater‹ zu erarbeiten – oder schlichtweg die Arroganz der Macht.«³⁰ Beides, die unerwartet starke Opposition und die eigene Schwäche, sollte den Christdemokraten 2011 zum Verhängnis werden.³¹ Die 2010 einsetzenden, von den Grünen nutzbringend instrumentalisierten Bürgerproteste gegen »Stuttgart 21« schufen im Land eine ungekannte politische Polarisierung, in der die Landesregierung an Ansehen verlor und die Grünen, nicht die SPD, ihre Popularität steigerten. Als Folge entfremdeten sich CDU und Grüne, was der CDU eine Machtoption raubte. Auch das schlechte Ansehen der

- 26 Claus-Peter Grotz, »Die CDU« in: Eilfort (Hg.), Parteien in Baden-Württemberg, aaO. (FN 24), S. 37-74, hier S. 38.
- 27 Siehe die Vergleichsdaten bei Kerstin Völkl, *Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990-2006*, Baden-Baden 2009, S. 152-160, 169-182.
- 28 Vgl. etwa Oscar W. Gabriel / Kerstin Völkl, »Die baden-württembergische Landtagswahl vom 26. März 2006: Schwarzes Land mit bunten Tupfern« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007), S. 16-33.
- 29 Vgl. Völkl, *Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen?*, aaO. (FN 27), S. 170-175.
- 30 Reinhold Weber, Baden-Württemberg – »Stammland des Liberalismus« und Hochburg der CDU, in: Kost / Rellecke / ders. (Hg.), Parteien in den deutschen Ländern, aaO. (FN 21), S. 104-126, hier S. 118 f.
- 31 Vgl. dazu Oscar W. Gabriel / Bernhard Kornelius, »Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011: Zäsur oder Zeitenwende?« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42 (2011), S. 784-804; sowie ausführlicher Wagschal / Eith / Wehner (Hg.), *Der historische Machtwechsel*, aaO. (FN 2).

schwarz-gelben Bundesregierung belastete im Wahljahr die Landes-CDU, der zudem im Wahlkampf die Themenhoheit fehlte. Der nach der Reaktorkatastrophe in der japanischen Präfektur Fukushima von der Bundesregierung überstürzt beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie konterkarierte die Haltung von Mappus wie der gesamten CDU und veranlasste diesen zum Umsteuern, währenddessen die Grünen triumphierten. Mappus selbst, dessen öffentliches Ansehen schon vor dem Wahlkampf weit schlechter als das seiner Amtsvorgänger war, erzielte mit 41 Prozent »die geringste Zustimmungsrate die jemals für einen Ministerpräsidenten eines Flächenlandes gemessen wurde«.³² Statt seiner zog der Grüne Winfried Kretschmann die Sympathien zahlreicher Wähler auf sich. Und: Es herrschte eine ausgeprägte Wechselstimmung – gegen die CDU.

4.2. Bayern

Von 1990 bis 2008 fanden im bayerischen Landesparteiensystem um die absolute CSU-Mehrheit herum nur kleinere Modifikationen statt. Während die Grünen seit 1986 dem Landtag angehören, war die FDP nur 1990 und 2008 eingezogen. Aus dem Vier- (1990) wurde daher bereits 1994 wieder ein gering fragmentiertes Dreiparteiensystem (bis 2008). Im Zuge günstiger Umstände gewann die CSU 2003 mit 60,7 Prozent eine Zweidrittelmehrheit der Mandate, während die SPD abstürzte. Auguren, die dies als »Überdehnung des Bogens« werteten, sollten Recht behalten. 2008 erlebte das Parteiensystem eine markante Zäsur. Die CSU fiel in der Wählergunst auf für sie katastrophale 43,4 Prozent und verlor knapp (es fehlten zwei Mandate) ihre Mehrheit. Die u. a. durch die erstarkten Grünen geschwächte SPD gab abermals nach (18,6 Prozent). Mit der FDP und den Freien Wählern gelangten zwei »bürgerliche« Kräfte in den Landtag. Was mit ursächlich für die Niederlage der CSU war, beide »wilderten« in ihrem Revier, sicherte ihr die Hegemonie. Ein Allparteienbündnis gegen sie war so unwahrscheinlich.³³ Die Christsozialen errangen 2013 mit vergleichsweise schlechten 47,7 Prozent die absolute Mandatsmehrheit zurück, während die SPD mit 20,6 Prozent nur marginal zulegte und die FDP Regierung und Parlament wieder verlassen musste. Das gegenwärtige Vierparteiensystem ist CSU-dominiert und stark asymmetrisch, jedoch, da sich die Freien Wähler alle Bündnisoptionen offen halten, nicht segmentiert und damit für die CSU mit Blick auf 2018, sollte sie ihre Mandatsmehrheit nicht behaupten können, gefährlich.

Die CSU dominierte nach 1990 auf allen politischen Ebenen, die SPD ist seit Beginn der 2000er Jahre im Land wie im Bund »abgehängt«. Dabei ist auf Seiten der Christsozialen seit 1983 im Bund eine Abschwächung zu erkennen. 1998, im Jahr der Abwahl der Regierung Kohl, kamen sie mit 47,7 Prozent nicht mehr auf eine absolute Stimmenmehrheit, die sie mit Ausnahme des Jahres 2002, als die CSU wegen der Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers triumphierte, seither nicht wieder erreichten. Dies dürfte u. a. an

32 Gabriel / Kornelius, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011, aaO. (FN 31), S. 797.

33 Vgl. Andreas Kießling, »Das Parteiensystem Bayerns« in: Haas / Jun / Niedermayer (Hg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, aaO. (FN 3), S. 125-146, hier S. 130.

dem im Vergleich zur Landesebene besseren Abschneiden der FDP liegen, ebenso Abstrafungseffekte als Ursache haben. Die bayerische SPD schnitt im westdeutschen Vergleich bei Bundestagswahlen von 1969 an stets am schlechtesten ab. Auf Landesebene schwammen ihr nach dem Antritt der rot-grünen Bundesregierung alle Felle davon. Entsprechend ausgeprägt ist die Asymmetrie zwischen CSU und SPD. Im Land betrug sie von 1990 an immer über 20 Punkte. Ausgenommen 1994, 1998 und 2003 übertraf die CSU die SPD stets um das Doppelte, 2003 sogar um das Dreifache. Im Bund verhielt es sich ähnlich. Bayern muss deshalb unter quantitativen Gesichtspunkten trotz der Zäsur 2008 als kompetitives Hegemonialparteiensystem gelten, die Rede von der »CSU-Hegemonie«³⁴ ist begründet.

Tabelle 4: Landtags- und Bundestagswahlergebnisse in Bayern 1990-2013 (in Prozent)

	CSU	SPD	PDS/ Linke	Grüne	FDP	FW	Sonst.
Landtagswahlen							
1990	54,9	26,0	-	6,4	5,2	-	7,5
1994	52,8	30,0	-	6,1	2,8	-	8,3
1998	52,9	28,7	-	5,7	1,7	3,7	7,3
2003	60,7	19,6	-	7,7	2,6	4,0	5,4
2008	43,4	18,9	4,4	9,4	8,0	10,2	5,7
2013	47,7	20,6	2,1	8,6	3,3	9,0	8,7
Bundestagswahlen							
1990	51,9	26,7	0,2	4,6	8,7	-	7,9
1994	51,2	29,6	0,5	6,3	6,4	-	6,0
1998	47,7	34,4	0,7	5,9	5,1	-	5,1
2002	58,6	26,1	0,7	7,6	4,5	-	2,5
2005	49,2	25,5	3,4	7,9	9,5	-	4,5
2009	42,5	16,8	6,5	10,8	14,7	-	8,7
2013	49,3	20,0	3,8	8,4	5,1	2,7	10,7

Die seit Jahrzehnten über alle Milieus hinweg politisch integrationsfähige CSU, die von einer strukturell konservativen Wählerschaft profitiert, gilt gemeinhin als bayerische

34 So u. a. Alf Mintzel, *Die CSU-Hegemonie in Bayern*, Passau 1998.

»Staatspartei«, die den Parteienwettbewerb in qualitativer Hinsicht dominiert.³⁵ Ihre Parteiressourcen sind erheblich. Sie verfügt über mehr als doppelt so viele Parteidünger wie die SPD und eine gesellschaftlich breit verankerte Parteiorganisation. Ihre Machtresourcen bestehen aus einem über Jahrzehnte gewachsenen personellen Geflecht zwischen Staat und Partei. Sie geben der CSU Rückhalt auf allen politisch-administrativen Ebenen sowie eine beachtliche Gestaltungs- und Deutungshoheit. Ihre ministerielle Dominanz ist trotz des FDP-Intermezzos (2008–2013) ungebrochen, ihre Landtagsfraktion ein bedeutendes politisches Informations-, Agitations- und Rekrutierungsinstrument. Die Oppositionsparteien sind hingegen weithin machtlos und in ihrer Präsenz eingeschränkt. Wichtigster Machtfaktor der CSU ist ihre Doppelrolle als Bundes- und Landespartei. Sie lässt den Christsozialen Aufmerksamkeit zuteilwerden, birgt aber die Gefahr, »dass das bayerische Profil der CSU in den Hintergrund tritt«.³⁶ Das Spiel, in Berlin bayerische Interessen zu lancieren, um damit im Freistaat zu punkten, beherrscht die Partei. Das alles umhüllt eine dicke Aura »bayrischer Identität«, mit der sich die CSU umgibt und die ihr von der Bevölkerung mehrheitlich zuerkannt wird. Hingegen weist der blasse SPD-Landesverband kaum ein bayerisches Eigenprofil auf.³⁷

Wie kaum eine andere deutsche Landespartei dominieren die Christsozialen ihre Opponenten in den Zuschreibungen durch die Wähler. Sie gelten als die mit Abstand fähigste Regierungspartei mit hoher Sachkompetenz. Regelmäßig erhält die CSU die höchste Sympathiebewertung, verbunden mit einer ausgeprägten Regierungszufriedenheit (außer 2008), während die Werte für die SPD bescheiden ausfallen. Besonders relevant waren die Amtsinhaber, deren Popularitäts- und Kompetenzwerte im bundesweiten Vergleich meist herausragten (nicht 2008) und immer klar über denen ihrer SPD-Herausforderer lagen (besonders 1998/2003).³⁸

Die Ursachen der Wahlniederlage 2008 waren in erster Linie »hausgemacht«.³⁹ Nach seinem Wahlsieg 2003 initiierte Stoiber rigide Schul- und Fiskalreformen. In seinem Eifer beschädigte er die integrativen Fähigkeiten der CSU, er brachte Wähler gegen sie auf. Freien Wählern und Liberalen bot seine Politik Angriffsfläche. Stoiber, der nach der Bundestagswahl 2005 erst seinen Gang nach Berlin angekündigt, dann aber zurückgezogen hatte, war bald ein Ministerpräsident auf Abruf. Nach turbulenten Monaten mit einer »Spitzelaffäre« und allerlei politischem Klamauk um die CSU-Landrätin Gabriele

35 Vgl. für die nachfolgenden Ausführungen Manuela Glaab / Michael Weigl, »Politik und Regieren in Bayern: Rahmenbedingungen, Strukturmerkmale, Entwicklungen« in: dies. (Hg.), *Politik und Regieren in Bayern*, aaO. (FN 1), S. 19–96; sowie Kießling, *Die CSU. Machterhalt und Erneuerung*, aaO. (FN 20).

36 Ursula Münch, »Bayern – Hochburg konservativer und föderalistischer Parteien« in: Kost / Rellecke / ders. (Hg.), *Parteien in den deutschen Ländern*, aaO. (FN 21), S. 128–160, hier S. 151.

37 Vgl. ebd., S. 149 f.

38 Vgl. Völk, *Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen?*, aaO. (FN 27) S. 152–160, 169–182.

39 Vgl. für diesen Absatz Rainer-Olaf Schultze / Jan Grasnick, »Die bayerische Landtagswahl vom 28. September 2008: Betriebsunfall oder Ende eines Mythos?« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40 (2009), S. 34–55; Gerhard Hirscher, *Der Weg zur bürgerlichen Mehrheit*, München 2010, S. 115–131.

Pauli, gefolgt von einer (zu) langen Übergangsphase, beerbte ihn Günther Beckstein im Oktober 2007 als Ministerpräsident, Parteivorsitzender wurde Erwin Huber. Trotz guter Umfragewerte kam der Wechsel zu spät, hatte Stoiber doch schon im Januar 2007 seinen Rücktritt angekündigt. Beckstein und Huber agierten in der Folge daher ohne eigene Konzepte. Wegen diverser politischer Debakel, der von vielen als mangelhaft antizipierten Durchsetzungsfähigkeit der CSU auf Bundesebene und mittelmäßiger Persönlichkeitswerte Becksteins sank die Zufriedenheit mit der Arbeit der Staatsregierung, ebenso das Ansehen der CSU. Unmittelbar vor der Wahl wünschten sich 60 Prozent der Wähler ein Ende der CSU-Alleinregierung (2003: 27 Prozent). Die SPD profitierte hiervon nicht. Nutznießer der inneren Desintegration bei der CSU waren vor allem die Freien Wähler, welche die Frustrationen der christsozialen Milieus aufzufangen wussten.

4.3. Sachsen

Nach einem CDU-dominierten Fünfparteiensystem (1990-1994) etablierte sich in Sachsen auf Landesebene zwischen 1994 und 2004 ein Dreiparteiensystem mit einer gespaltenen linken Doppelopposition. Der CDU mit einer absoluten Mehrheit standen hier zwei zunächst gleichstarke, später in ihren Kräften asymmetrische und bündnispolitisch einander weithin unversöhnliche Oppositionsparteien (SPD und PDS) gegenüber. Die Zäsur des Jahres 2004 hatte ein stark polarisiertes und fragmentiertes Sechsparteiensystem zur Konsequenz. Die NPD zog 2004 und 2009 in den Landtag ein. Grüne und Libерale trugen insofern zur Spezifik bei, als ihr Scheitern 1994 bis 2004 ein Dreiparteien-, ihr Einzug in den Landtag 2004 und 2009 ein Sechsparteiensystem konstituierte. Die trotz des Verlustes der absoluten Mehrheit hohe eigene Stärke sowie der polarisierte Parteienpluralismus sicherten den sächsischen Christdemokraten nach 2004 die Position der *strong party*. Eine Mehrheitskoalition gegen sie war wegen der politisch isolierten NPD und der klar im »bürgerlichen« Lager angesiedelten FDP unmöglich. Auch verhinderte lange Zeit die deutliche Segmentierungsline zwischen SPD und PDS/Die Linke eine geschlossene linke Opposition.

Die CDU dominiert seit 1990 auf (fast) allen politischen Ebenen, die SPD unterliegt ihr und dem lagerinternen Wettstreit mit der stärkeren PDS/Die Linke auf Landesebene. Erzielte die CDU in Sachsen bei Bundestagswahlen 1990, 1994 und 2009 ihre bundesweit besten Ergebnisse, verbuchte die SPD bei allen Bundestagswahlen ihre schlechtesten Resultate – ausgenommen 2002, als die schwachen bayerischen (26,1 Prozent) die in diesem Jahr starken sächsischen Genossen (33,3 Prozent) unterboten. In den Landtagswahlen steigerte sich diese Differenz. Nie hatte die CDU auf Landesebene (1994/1999) größere Höhen erklimmen, war die SPD so tief gefallen. Im Jahr 1999 betrug die Asymmetrie zwischen CDU und SPD ganze 46,2 Punkte, die CDU war mit 56,9 Prozent mehr als fünfmal so stark wie die SPD und gut zweieinhalfach größer als die zweistärkste Kraft, die PDS. Selbst nach dem Verlust ihrer absoluten Mehrheit im Jahr 2004 (41,1 Prozent) waren die Christdemokraten viermal stärker als die SPD und fast doppelt so stark wie die PDS. Sachsen erfüllt die quantitativen Kriterien klar. Studien zum sächsischen Par-

teiensystem sprechen von einem „Sonderfall“, speziell für die Phase der CDU-Alleinregierung 1990 bis 2004.⁴⁰

Tabelle 5: Landtags- und Bundestagswahlergebnisse in Sachsen 1990–2013 (in Prozent)

	CDU	SPD	PDS/ Linke	Grüne	FDP	NPD	Sonst.
Landtags- wahlen							
1990	53,8	19,1	10,2	5,6 ¹	5,3	-	6,0
1994	58,1	16,6	16,5	4,1 ²	1,7	-	3,0
1999	56,9	10,7	22,2	2,6	1,1	1,4	5,1
2004	41,1	9,8	23,6	5,1	5,9	9,2	5,3
2009	40,2	10,4	20,6	6,4	10,0	5,6	6,8
Bundestags- wahlen							
1990	49,5	18,2	9,0	5,9	12,4	0,3	4,7
1994	48,0	24,3	16,7	4,8	3,8	-	2,4
1998	32,7	29,1	20,0	4,4	3,6	1,2	9,0
2002	33,6	33,3	16,2	4,6	7,3	1,4	3,6
2005	30,0	24,5	22,8	4,8	10,2	4,8	2,9
2009	35,6	14,6	24,5	6,7	13,3	4,0	1,3
2013	42,6	14,9	20,0	4,9	3,1	3,3	11,2

¹ Name der Gruppe: Neues Forum – Bündnis – Grüne; ² Das extra kandidierende Neue Forum Sachsen erreichte 0,7 Prozent.

Die »Sächsische Union« dominiert ebenso unter qualitativen Aspekten den Wettbewerbsraum der Parteien.⁴¹ Sie war und ist der SPD (mittlerweile ebenso der Linken) parteiorganisatorisch überlegen. Sie hatte von Beginn an ein (nur) für ostdeutsche Verhältnisse solides Mitglieder- und Organisationsnetz, während die 1990 gegründete SPD wegen ihrer personellen Schwäche, die Landespartei hat weniger als 5000 Mitglieder, in Teilen Sachsens kaum Strukturen aufweist. Mehr noch als die Parteiressourcen sind die

40 Hier vor allem Ulrich Brümmer, *Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990–2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen*, Wiesbaden 2006, S. 248–259; sowie die Beiträge in Christian Demuth / Jakob Lempp (Hg.), *Parteien in Sachsen*, Dresden/Berlin 2006.

41 Vgl. nachfolgend Thomas Schubert, *Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990–2004*, Wiesbaden 2011; sowie die Kapitel »Regierungen und Regieren« und »Parteien und Parteiensystem« in: Jesse / Schubert / Thieme, Politik in Sachsen, aaO. (FN 1), S. 93–115, 161–185.

legislativen und exekutiven Machtresourcen deutlich zugunsten der CDU gewichtet. Zwischen 1994 und 1999 mit beinahe einer Zweidrittelmehrheit im Landtag vertreten, stellt sie stets die mit Abstand größte Fraktion. Insbesondere ihr bis 2004 freier Zugriff auf alle Staatsministerien sicherte ihr die politische Gestaltungsmacht und Themenführerschaft. Indem die CDU von Anfang an eine »sächsische Identität« beschwore und sich im Verbund mit einem gubernementalen Selbstverständnis als politische Alleinvertretung der Sachsen stilisierte (»Sachsenpartei«), goss sie ein stabiles habituelles Machtfundament. Ihre Regierungsdominanz ist auch nach 2004 fast ungebrochen. Die Koalition mit der SPD (2004–2009), die wegen deren Schwäche keine Große Koalition war, setzte überwiegend die bisherige politische Linie fort. Das Bündnis mit der FDP gestaltet weit hin christdemokratische Regierungspolitik, die Zufriedenheit mit der Arbeit der Staatsregierung (besonders mit jener der CDU) ist hoch.

Ihre in Wahljahren als beinahe konkurrenzlos gut wahrgenommenen Regierungs- und Parteikompetenzen, die fast durchweg breite Zufriedenheit mit der CDU-Politik in der Bevölkerung, das sehr hohe Ansehen ihrer Amtsinhaber und die diesbezüglichen Schwächen der Opposition⁴² prägen den Parteieneinkampf. Selbst 2004, im Jahr ihrer Wahlniederlage, waren 57 Prozent mit der Politik des Amtsinhabers Georg Milbradt zufrieden. Gegenüber dem Vorgänger Kurt Biedenkopf handelte es sich dennoch um einen Ansehensverlust, der die Wahlniederlage mit auslösen sollte. Die lagerübergreifende Integrationsfähigkeit Milbradts fiel weit geringer aus als die des überparteilich wirkenden Biedenkopfs. Die CDU hatte 2004 ein personelles Popularitätsdefizit (weniger ein Kompetenzdefizit), das sie ab 2008 mit Stanislaw Tillich »ausbessern« konnte.

Mit der parlamentarischen Opposition hatten die starken CDU-Verluste 2004 nichts zu tun, war doch die numerische Asymmetrie zwischen Regierung und Opposition in den Augen der Wähler ebenso eine qualitative. Die öffentlichen Kompetenzzuschreibungen an SPD und PDS fielen 2004 (wie schon 1999) gering aus, kaum einer hielt die Parteien für regierungsfähig. Jedoch schlugen diesmal die Wähler selbst der CDU die Problemlösungskompetenz auf wichtigen Feldern ab (z. B. Arbeit). Milbradts Lavieren zum Thema Hartz IV war ein Grund dafür. Der noch immer hohe Zuspruch an sie war in Teilen einer mangels Alternative. Die Zufriedenheit mit den Leistungen der Staatsregierung – obwohl auf einem hohen Niveau – fiel geringer als sonst aus. Einerseits war die Wahlniederlage somit »hausgemacht«, zumal der »Erbfolgekrieg« um Biedenkopfs Amtsnachfolge 2001/2002 das Ansehen der CDU beschädigt hatte. Andererseits durchzog »den Osten« im Herbst 2004 eine Protestbewegung gegen die von der Union mitgetragene rot-grüne Arbeitsmarktpolitik. Ängste vor einem sozialen Abstieg schürten in der sächsischen Bevölkerung eine diffuse Proteststimmung, die sich in einer Protestwahl zugunsten von PDS und NPD niederschlug. Selbst FDP und Grüne profitierten davon. Die als Bundesregierungspartei negativ gebrandmarkte SPD und die als Hartz-IV-»Mittäterin« identifizierte, landespolitisch geschwächte CDU verloren die Wahl und bildeten ein gemeinsames Regierungsbündnis (»Koalition der Verlierer«).

⁴² Vgl. Völk, Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen?, aaO. (FN 27), S. 152–160, 169–182.

4.4. Vergleich

Die Fallbeispiele sind ähnlich und doch ungleich gelagert. Nach den angelegten quantitativen Maßstäben bestehen in Sachsen und Bayern kompetitive Hegemonialparteiensysteme, in denen die elektorale und gouvernementale Ressourcengewichtung deutlich zu Gunsten der Mehrheitspartei ausschlägt. Allenfalls während der Alleinregierungen überstieg die Intensität jene der Koalitionsphasen, wobei CSU und CDU die Koalitionen dominier(t)en. In Baden-Württemberg finden wir hingegen zwischen 1990 und 2011 neben einer ausgeprägten, durch lange Koalitionsregierungen nicht vollständig entfalteten gubernementalen Dominanz nur eine partielle elektorale Dominanz vor. Die im Südwesten verhältnismäßig starke SPD (sowie die starken Grünen) und die daher geringere Asymmetrie schmälern den Dominanzgrad. Seit 2011 ist das Parteiensystem hier nach den angelegten quantitativen Maßstäben nicht mehr hegemonial.

Mit Blick auf die qualitativen Faktoren offenbart sich eine Rangfolge. In allen zwei Dimensionen (Macht- und Parteiressourcen) erweist sich das bayerische Parteiensystem als das am stärksten von einer Mehrheitspartei beherrschte. Besonders die bundes- und landespolitische Doppelrolle der CSU sowie deren jahrzehntelange Prädominanz im politisch-administrativen und gesellschaftlichen Raum verschieben die Gewichte zu ihren Gunsten. Über einen ebenfalls starken, aber wegen der fehlenden absoluten Mehrheit geringeren Durchdringungsgrad verfügte die baden-württembergische CDU. FDP und Grüne haben im Südwesten ihr »Stammland«, das relativiert zudem. In Sachsen ist die administrativ-politische Überlegenheit der Christdemokraten ebenfalls beachtlich, liegt noch vor jener der baden-württembergischen CDU. Wie in Bayern herrscht hier eine besonders asymmetrische Wettbewerbsfähigkeit zwischen Mehrheitspartei und Oppositionsparteien. Hinter die westdeutschen Vergleichsfälle fällt die »Sächsische Union« nur im Bereich der Parteiressourcen zurück. Ihre Stärke im Freistaat ist relativ, Mitgliederzahl und Rekrutierungsfähigkeit bewegen sich weit unter dem Niveau ihrer süddeutschen Schwestern, wohlgleich über dem der politischen Konkurrenz in Sachsen. Diese relative Schwäche hat eine verhältnismäßig vermindernde gesellschaftliche Verankerung und geringere Einflussnahme auf die politische Willensbildung im Freistaat zur Folge.

Markant war in allen Fällen die Kraftlosigkeit der Sozialdemokraten – von einer Marginalisierung (Sachsen) über die Existenz als mittelgroße Partei ohne Regierungsoption (Bayern) bis hin zu einer mittelgroßen Partei mit Regierungsoption (Baden-Württemberg). Alle drei SPD-Landesverbände haben neben einer für sie in den Ländern ungünstigen Wähler- und Sozialstruktur (weniger in Sachsen, hier ist es hauptsächlich der Wettbewerb mit der Linken) erhebliche eigene Mobilisierungsdefizite (organisatorisch, personell, konzeptionell). Die Südwest-SPD war dabei bis zuletzt nie derart schwach wie die Genossen in Bayern oder Sachsen es sind. Allein im Jahr 2001 gewannen die baden-württembergischen Sozialdemokraten mit sieben Direktmandaten so viele, wie die gesamte sächsische Opposition seit 1990 (also unter Einschluss der PDS/Die Linke). Im »Ländle« gelang der CDU in Fragen der wahrgenommenen Parteikompetenzen und der Spitzenkandidaten keine so gravierende Distanzierung zur SPD wie in Sachsen oder

Bayern. In den Freistaaten handelt es sich deshalb um regelrecht frustrierte SPD-Landesverbände, deren Chance allein darin liegt, auf den Verschleiß der Mehrheitspartei zu hoffen bzw. diesen zu beschleunigen. Eine Machtoption haben sie vorerst nur an der Seite der Mehrheitspartei, in Sachsen weit eher als in Bayern.

Ebenfalls markant war die machtsichernde geteilte Opposition gemäß der Annahmen. Kam es in den Ländern zu einer arithmetischen Mehrheit der Opposition, dann war diese entweder strikt segmentiert, wie in Sachsen nach 2004 und in Baden-Württemberg von 1992 bis 2001, als eine Koalition mit NPD und REP politisch unmöglich war, oder sie war bilateral ausgerichtet, wie 2008 bis 2013 in Bayern und 2001 bis 2011 in Baden-Württemberg, als mit der FDP ein »bürgerlicher« Koalitionspartner bereitstand (so auch 2009 in Sachsen). Während der Konzentrationsgrad der Opposition nicht über deren Bündnisfähigkeit entschied, war und ist die Mehrheitspartei in den Hegemonialparteiensystemen nur bei einer streng segmentierten Konstellation ihrer dominanten Rolle sicher. Wären die mehrheitsfähigen Oppositionsparteien auch mehrheitswillig gewesen, hätten sie die CDU 1992 (Baden-Württemberg) und 2004 (Sachsen) sowie die CSU 2008 (Bayern) auf die Oppositionsbänke verbannt können.

Weshalb gab es vor diesem Hintergrund die Zäsuren der Jahre 2004, 2008 und 2011? Bei allen drei Wahlen kamen exogene und insbesondere endogene Sondersituationen zusammen, in denen die dominante Partei unter Druck geriet und entweder ihre absolute Mehrheit verlor (Bayern, Sachsen) oder aus ihrer hegemonialen Rolle gestoßen wurde (Baden-Württemberg). Die Regierungspartei schnitt (aus unterschiedlichen Gründen) jeweils in den Kompetenzzuschreibungen und der geäußerten Zufriedenheit der Bürger mit der Arbeit der Landesregierung im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen deutlich schlechter ab. Mit einem Unterschied: Während in Sachsen und Bayern die Mehrheit der Wähler nur ein Ende der Alleinregierungen wünschte, richtete sich in Baden-Württemberg der Unmut vieler gegen die Regierungsbeteiligung der CDU an sich. Hinzu kam ein im Vergleich zu ihren Amtsvorgängern (mitunter deutlich) geringerer Popularitätsgrad der amtierenden Ministerpräsidenten. Alle drei hatten die für dominante Parteien gültige Erfolgsformel »conservative but not rigid, principled but flexible«⁴³ vernachlässigt – Milbradt im Umgang mit Hartz IV, Beckstein mit der fortgeführten Reformpolitik seines Vorgängers, Mappus mit seiner Hartlebigkeit bei »Stuttgart 21«. Diese und weitere negative endogene Faktoren verbanden sich mit negativen äußeren Einflüssen, welche die Mehrheitspartei zusätzlich in die Defensive drängten und der Opposition Chancen boten. Unter diesen wohl am wirkungsmächtigsten waren 2004 das Thema »Hartz IV« und 2011 das Thema »Fukushima«.

In Baden-Württemberg gelang den parlamentarisch vertretenen Grünen eine Mobilisierung gegen die CDU (und die SPD), in Sachsen und Bayern erfolgte die Mobilisierung von außerhalb des Parlaments. In allen Fällen war die SPD weder Auslöser noch – zumindest auf die Wahl hingesehen – Nutznießer, sondern büßte sogar an Wählerzuspruch ein. In den Freistaaten konnten die oppositionellen Sozialdemokraten die Schwäche der Mehrheitspartei nicht für sich nutzen, standen vielmehr selbst unter Druck. Stattdessen

43 Arian / Barnes, The Dominant Party System, aaO. (FN 8), S. 601.

profitierten einerseits die von der SPD als koalitionsunfähig angesehene PDS sowie die politisch isolierte NPD, andererseits erstarkten mit den Freien Wählern und der FDP potenzielle »bürgerliche« Koalitionspartner der CSU. Es entstand hier wie dort eine *divided opposition*, die (unfreiwillig) die Fortexistenz der in ihrer Intensität abgeschwächten Hegemonialparteiensysteme sicherte. Demgegenüber rief die Konstellation in Baden-Württemberg, indem sie einerseits der CDU schadete und andererseits einer parlamentarischen Oppositionspartei nützte, einen ungefilterten Regierungswechsel hervor. Bündnis 90/Die Grünen und die Sozialdemokraten schufen, hervorgerufen durch Sondersituationen, einen Präzedenzfall: Zwei mittelgroße Parteien stürzten die hegemoniale Mehrheitspartei im Moment ihrer Schwäche vom Thron. Ohne das grüne Mobiliierungs- und schwarze Verlegenheitsthema »Fukushima« wäre das Ergebnis wohl anders ausgefallen.

Dass die stärkste Oppositionspartei in einem kompetitiven Hegemonialparteiensystem die Vormachtstellung erringen kann, ist sehr unwahrscheinlich. Das zeigen nicht nur die in den drei Fällen beleuchteten Asymmetrien gut. Fast ebenso zweifelhaft dürfte es im gegenwärtigen deutschen Koalitionspluralismus sein, dass sich die gesamte (in Teilen regierungsunerfahrene und ressourcenschwache) Opposition lagerübergreifend »verbündet«, um die Mehrheitspartei aus der Regierung zu lösen.⁴⁴ Der Realität näher sind in einem solchen Fall kleine Koalitionen mit der dominanten Partei, die deren hegemonialen Status relativieren, ihn im selben Atemzug aber manifestieren. Solange die größte Partei ihre elektorale Dominanz behält und eine effektive Segmentierung das Parteiensystem prägt, liegt für Oppositionsparteien der Schlüssel zur alleinigen Macht nur im »Südwest-Modell«.

Wie die Fallanalysen zeigen konnten, ist für Oppositionsparteien in den deutschen Ländern, möchten sie eine Regierung jenseits der *strong party* formen, eine strategische wie situative »Punktlandung« nötig. Zu einer umfassenderen These gebündelt heißt das: Kompetitive Hegemonialparteiensysteme bilden einen bestimmten Modus des Parteienebwettbewerbs aus, welcher der Regierungspartei langfristig ihre »Vorherrschaft« sichert. Er verhindert das Entstehen einer gleichstarken bzw. stärkeren Partei und zementiert durch begrenzte Bündnisoptionen eine Asymmetrie zugunsten der Mehrheitspartei, die in endogenen oder exogenen Sondersituationen ad hoc allenfalls durch eine duopole Oppositionsmehrheit aufgebrochen werden kann.

5. Perspektiven

Steht uns bei den beiden auf Landesebene verbliebenen Hegemonialparteiensystemen ein solcher Wandel bevor? In Sachsen deutet für die Landtagswahl 2014 nichts auf ein Ende

44 Die Betonung liegt hierbei auf *lagerübergreifend*, ist schließlich ein lagerinternes rot-rot-grünes Bündnis etwa in Sachsen für das Jahr 2014 doch denkbar.

des hegemonialen Parteiensystems hin.⁴⁵ Die CDU wird unter ihrem populären Ministerpräsidenten Tillich eine absolute Mandatsmehrheit anstreben, freilich insgeheim, nach außen der FDP die Treue bekundend. Selbst wenn die AfD in den Landtag einzöge, die Situation ist für die CDU komfortabel, solange sie elektoral dominiert und keine (unwahrscheinliche) rot-rot-grüne Mehrheit entsteht. Dann käme es auf christdemokratisches Verhandlungsgeschick an, die Grünen bzw. die Sozialdemokraten aus einer solchen linken Phalanx »herauszubrechen« – die Grünen wären gewiss für eine »bürgerliche« Koalition zu gewinnen. Die Opposition steht folglich 2014 vor zwei realistischen, aber unterschiedlich wahrscheinlichen Machtoptionen: (1) Die CDU ist auf einen Koalitionspartner angewiesen, der wegen des möglichen Ausscheidens oder der Schwäche der FDP aus dem bisherigen Oppositionslager kommt (SPD oder Grüne). (2) Die CDU verliert aufgrund exogener oder endogener Sonderbedingungen ihren Status als Hegemonialpartei und tritt nach 24 Jahren erstmals den Gang in die Opposition an, Rot-Rot-Grün stellen die Regierung.

In Bayern scheint 2013 die »alte Ordnung« wieder hergestellt zu sein. Die CSU wird bei der nächsten Landtagswahl nichts unversucht lassen, eine absolute Stimmenmehrheit zu erringen. Ein populärer Spitzenkandidat ist dabei für sie Pflicht, ebenso eine kluge Wettbewerbsstrategie. Die Partei dürfte dabei abermals kaum Anstoß an der SPD nehmen, indes aber ihr rigoroses Vorgehen gegen »bürgerliche« Konkurrenzparteien (darunter auch die Grünen) fortsetzen. Schließlich pflegt die CSU den gehren »Anspruch der Alleinvertretung des ›bürgerlichen‹ Lagers«.⁴⁶ Der von Horst Seehofer eingeschlagene Kurs einer »Koalition mit den Bürgern« steht zudem für ein politisches »Alles-und-nichts-Prinzip«, das der Partei mit Blick auf bessere Wahlergebnisse eine maximale politische Integrationsfähigkeit eröffnen soll. Gilt doch mittlerweile auch in Bayern, dass Hegemonien in Zeiten fluideren Wahlverhaltens, zunehmenden Dealignments und sozialer Differenzierung erarbeitet werden müssen. Schließlich ist nicht eine relative Hegemonie in Koalition das Ziel der Christsozialen, sondern Stimmen- und Ämtermaximierung zum Zweck der alleinigen Regierungsmacht. Das unterscheidet die CSU von der CDU in Sachsen, wo die hegemoniale Machtsicherung nicht unbedingt über die eigene Mehrheit geschieht, sondern sehr wohl durch Verhindern einer oppositionellen Gegenmehrheit im Landtag.

Und Baden-Württemberg? Im Südweststaat ist über zwei Jahre nach dem Machtwechsel die Entwicklung offen. »Die Abwahl der CDU-FDP-Koalition und der Erfolg von Grün-Rot waren nicht das Ergebnis eines parteipolitischen Realignments, durch das sich die langfristige parteipolitische Kräfteverteilung im Lande grundlegend verschoben hätte. Sie resultierten aus einem Zusammenspiel in dieser spezifischen Konstellation vermutlich kaum wiederholbarer Einflüsse: einem unpopulären Spitzenkandidaten der

45 In den Umfragen liegt die CDU seit dem Jahr 2009 zwischen 40 und 44 Prozent, für FDP und NPD ist der Verbleib im Landtag hingegen ungewiss. Schwierig einzuschätzen ist das Abschneiden der Freien Wähler und der AfD. Vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> [Stand: 28. Oktober 2013].

46 So Michael Weigl, *Die CSU. Akteure, Entscheidungsprozesse und Inhalte einer Partei am Scheideweg*, Baden-Baden 2013, S. 267-279.

CDU, einer für die Grünen extrem günstigen Themenkonjunktur, einer nicht präsenten FDP-Landespartei und – nicht zuletzt – einem kräftigen Gegenwind aus Berlin.«⁴⁷ Die Einschätzung deckt sich mit den hier gemachten Erkenntnissen. Die Südwest-CDU ist wahlstrukturell mehrheitsfähig, wie sie 2013 bewiesen hat. Sie ist den Regierungsparteien organisatorisch überlegen und stellt die mit Abstand größte Landtagsfraktion. Als *party out of power* hat sie jedoch einen Macht- und Kommunikationsmalus, zumal ihr bisher eine populäre Führungsfigur fehlt, die es mit dem sich zum grünen »Landesvater« mauern Winfried Kretschmann aufnehmen kann. Die Re-Etablierung der Hegemonie ist möglich, dürfte der CDU aber nicht leicht fallen.

Zusammenfassung

Kompetitive Hegemonialparteiensysteme sind in den deutschen Ländern die Ausnahme. Der Beitrag untersucht die Charakteristiken des Parteienwettbewerbs in den Hegemonialsystems von Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen von 1990 an. Er kann (theoretisch wie empirisch) zeigen, dass kompetitive Hegemonialparteiensysteme einen bestimmten Modus des Parteienwettbewerbs ausbilden, welcher der Regierungspartei langfristig ihre Vorherrschaft sichert. Der Wettbewerbsmodus verhindert das Entstehen einer gleichstarken bzw. stärkeren Partei und fixiert die Asymmetrie des Parteiensystems zu Gunsten der Mehrheitspartei, die gleichwohl von duopolen Oppositionsmehrheiten in Sondersituationen gefährdet werden kann.

Summary

Competitive hegemonic party systems are exceptional in the German Länders. The study explores the characteristics of party competition in the hegemonic party systems of Baden-Württemberg, Bavaria and Saxony as of 1990. It shows (theoretically as empirically) how competitive hegemonic party systems form a certain mode of party competition, which ensures the ruling party's predominance for a long time. The competition mode prevents the formation of an equally strong or even stronger party and perpetuates the party system's asymmetry favoring the major party. Nevertheless compromises seem necessary in special situations with duopolistic oppositional majorities.

Thomas Schubert, (N)one declining species? Competitive hegemonic party systems and the determining factors of party competition using the example of Baden-Württemberg, Bavaria and Saxony

⁴⁷ Gabriel / Kornelius, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011, aaO. (FN 31), S. 803.